

Presse 16.12.93
Planung in Donauauen geht weiter

Am Nationalpark Donauauen wird zwei Jahre weitergeplant. Die Finanzierung ist aber ungewiß.

WIEN (milo). Während heute die Nationalpark-Vorbereitungskommission über den Endbericht der dreijährigen Arbeit der Nationalparkplaner diskutiert, ist die Zukunft der Planungen ungewiß. Bundeskanzler Vranitzky (SP) erklärte Umweltministerin Rauch-Kallat (VP), 1994 falle keine definitive Entscheidung über den Nationalpark. In einem internen Papier der SP Niederösterreich heißt es: „Eine an die Nutzung

als Nationalpark angepaßte Wasserkraftnutzung erscheint daher keineswegs unmöglich, macht aber engagiertes Agieren statt Reagieren erforderlich.“

Trotzdem stimmt Niederösterreichs SP der politischen Einigung der anderen Landesparteien und der Vertreter Wiens und des Bundes zu, die Marchfeldkanal-Betriebsgesellschaft, die bisher die Nationalpark-Machbarkeit geprüft hat, weiter zu beauftragen.

'94 keine Entscheidung über Donaukraftwerk

KURIER-Gespräch mit Rauch-Kallat / 3000 in der Au

Einig sei man sich zwischen Bund und den Ländern Wien und Niederösterreich auch darüber, daß der Vertrag mit der Marchfeldkanal-Gesellschaft – sie führte in den vergangenen drei Jahren die Planungsarbeiten für einen Nationalpark Donauauen durch – um zwei Jahre verlängert werde, sagte

Rauch-Kallat. In dieser Zeit sollen in der regionalen Bevölkerung „vertrauensbildende Maßnahmen“ für einen Nationalpark gesetzt werden: „Wir wollen der Bevölkerung vor Ort die Ängste vor einem Nationalparkprojekt nehmen.“ Die Ergebnisse der bisherigen Planungen sollen auf ihre Umsetzbarkeit überprüft werden.

Kurier, 9.12.93

„Donau-Kraftwerk steht nicht zur Diskussion“

Landeshauptmann Pröll hält ein Kraftwerk an der Donau östlich von Wien derzeit für nicht vorstellbar.

Zu den Planungen für den Nationalpark Donauauen, die seit drei Jahren laufen und vor kurzem um weitere zwei Jahre verlängert worden sind, meinte Pröll, man dürfe „nichts überstürzen“ und keine vorschnellen Entscheidungen treffen. Die kommenden zwei Jahre müßten vor allem dazu genützt werden, mit Informationsarbeit die betroffene Bevölkerung in den 13 Gemeinden zu erreichen. Zudem gebe es noch Zeit, um zu planen und offene Fragen abzuklären.

Pröll forderte schließlich, daß „der Bund endlich sagen muß, was er will.“ Die Karten seien nun auf den Tisch zu legen.

Die Presse,
12.2.94

Donau-Nationalpark mit Kanal zur Oder?

Eine Vielzahl von Studien, unter anderem über den Donau-Oder-Kanal, möchten Bundesvertreter im Zuge der weiteren Nationalparkplanungen in den Donauauen in Auftrag geben. Umweltministerin Rauch-Kallat lehnt ab.

Die Presse, 7.2.94

Umweltministerin Marja Rauch-Kallat meint dazu: „Letztlich sind die Vorgaben für die Weiterarbeit eine politische Entscheidung, die die Landesräte aus Wien und Niederösterreich und ich treffen werden.“ Die Bundesvertreter hätten ihre Vorschläge formuliert, nicht die der ganzen Planungskommission, in der auch die beiden Bundesländer vertreten sind. „Wenn kein Geld für die Nationalparkplanung bleibt, dann stimme ich dem nicht zu.“

KURIER 24.11.93

Wien für Nationalpark

Naturschutzbeirat drängt auf rasche Verwirklichung

Unterstützung für das Projekt eines Nationalparks Donau-Auen: Der Wiener Naturschutzbeirat trat in seiner jüngsten Sitzung für die „ehebaldigste Errichtung des Nationalparks Donau-Auen“ ein. Außerdem stellte der Naturschutzbeirat fest, daß ein Nationalpark mit einem Kraftwerk unterhalb von Wien nicht vereinbar sei. Im Wiener Naturschutzbeirat sitzen Vertreter aller vier Wiener Landtagsparteien.

Wien tritt auch für eine Wiederbeauftragung der bestehenden Nationalparkplanung unter der Leitung des bisherigen Planungschefs Reinhold Christian für weitere zwei

Jahre ein, heißt es im Büro von Umweltstadtrat Michael Häupl.

Wö-Bundschau
DA

9. März 1994

Gerichtsbezirk

Nationalpark Donau-Auen:

Statt Forschung besser unumstrittene Maßnahmen

„Die Donau-Auen dürfen nicht zu Tode geforscht werden!“ Mit diesen Worten fordert die Landtagsabgeordnete **Monika Lugmayr** mehr Taten statt Worte für das zukünftige Nationalparkgebiet.

Die Abgeordnete ist Vorsitzende des Nationalparkforums. In der jüngsten Sitzung dieses Gremiums kritisierte sie die allzu zögerliche Haltung des Bundes bei der Durchführung von Maßnahmen zum Schutz der Auen. Unumstrittene Maßnahmen, die man nicht mehr weiter erforschen müsse, sollten so rasch wie möglich angegangen werden.

Zu diesen Maßnahmen zählten die Verbesserung der Auenökologie mit ersten Maßnahmen zur Vernetzung der verschiedenen Gewässer; Eine Entlassung der Bundesforste aus der Pflicht, wirtschaftlichen Gewinn aus den Auen zu ziehen; Maßnahmen zur Besucherlenkung, um einen Massentourismus zu verhindern; Breite Information über das jetzt fertiggestellte Nationalparkkonzept.

Demgegenüber hätten Vertreter des Bundes bisher ausschließlich weitere Forschung und Planung gefordert. Durch diese Verschleppung der notwendigen Maßnahmen würde die Bürgerbeteiligung ungläubwürdig, so Lugmayr.

R. O. Dact

Mehr Information statt Angst vor Nationalpark

Nationalparkplaner setzten auf Informationskampagnen

HASLAU/MARIA ELLEND.- Die Nationalparkplaner wollen nun der Skepsis gegenüber dem Großprojekt entgegenreten.

Ein umfassendes Informationsangebot soll ein Beitrag dazu sein. So ging in der Vor-

woche Landesrat Franz Blochberger mit den Nationalparkplanern in Maria Ellend auf Info-Tour.

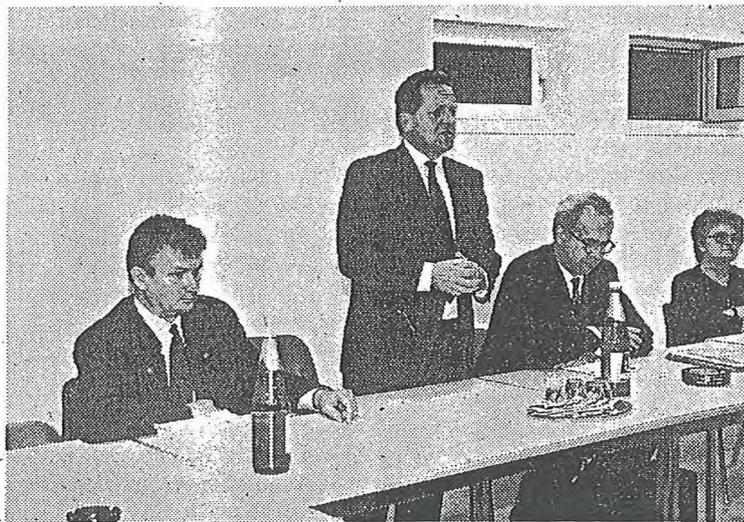
Blochberger betonte, wie sehr ihm eine umfassende Information zu diesem Thema am Herzen liege.

Er hob das Bürgerbüro von Hainburg als Musterbeispiel für eine solche Informationstä-

tigkeit hervor. Rund 70 Besucher nutzten an diesem Abend die Gelegenheit, um den Projektplanern ihre Befürchtungen darzulegen.

Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Angst der Bevölkerung vor dem Massentourismus und die Gefahr von Überflutungen gelegt.

ANDREA WALEK



Landesrat Franz Blochberger nahm in Maria Ellend zum Thema „Nationalpark“ Stellung. Foto: Walek

SPÖ-Kritik an B301-Führung

BEZIRK SCHWECHAT.- In einer Mitgliederversammlung der SPÖ-Organisation Schwechat sprachen sich die Anwesenden für einen raschen Bau der B301 aus.

Kritik wurde allerdings an der derzeit geplanten Streckenführung geübt. Bürgermeister Reinhard Gogola: „Wir diskutieren nicht mehr darüber, ob, sondern auf welche Weise die B301 gebaut wird.“

Es hat ja einmal
müssen: Gestern
in Wien die ersten
von 5,50-Schilling-
auf. Bei der Post
sich überrascht: „Ei-
ben wir immer ge-
sich der Aufwand
ken nicht lohnt.“
gen wurden einge-
dem versandten Text
natur, die Dich selbst
macht“ konnten die
eamten aber bisher
fangen.
ht einfach, aber die
sind von den Origin-
zu unterscheiden:
theller, das Gelb der
Tod“ im Stift Ad-
dreiender. Und die
der Marke ist
sbar als im Original.
ung ist nicht so präzis
„normalen“ Brief-
shabe man bisher als
adernis. angesehen,
der Post. Das Fäl-
riefmarken ist straf-
fgesetzbuch (§ 238)
drei Jahre Haft.

Orte, die in der engeren Wahl
sind.“ Ogulin rechnet mit Jobs
für 30 Leute und Investitions-
kosten von 100 Millionen Schil-
ling. Die volle Auslastung
(60.000 Tonnen jährlich) werde
als Nationalpark angepaßte
Wasserkraftnutzung erscheint
daher keineswegs unmöglich,
macht aber engagiertes Agieren
statt Reagieren erforderlich.“
Trotzdem stimmt Nieder-
österreichs SP der politischen
Einigung der anderen Landes-
parteien und der Vertreter
Wiens und des Bundes zu, die
Marchfeldkanal-Betriebsgesell-
schaft, die bisher die National-
park-Machbarkeit geprüft hat,
weiter zu beauftragen. Beim
Geld scheiden sich indes die
Geister: Die Budget-Bandbreite
reicht von fünf bis 20 Millionen
Schilling. Bei dieser Summe
sind aber erste Umsetzungs-
maßnahmen (Wasserezuführung

gungen sind kein Problem.“
Schließlich erklärte Friedrich
Wurst (TU Wien), daß die
Emissionen bei der Kunststoff-
verbrennung in jedem Fall nicht
zugenommen hätten.

der entsprechenden Urkunde
an den ehemaligen Bundesprä-
sidenten und jetzigen Präsi-
denten der Liga der Vereinten
Nationen erfolgt am 17. De-
zember im Rathaus Baden.

Presse 16.12.93 Planung in Donauauen geht weiter

Am Nationalpark Donau-
auen wird zwei Jahre weiter-
geplant. Die Finanzierung
ist aber ungewiß.

WIEN (milo). Während heute
die Nationalpark-Vorberei-
tungskommission über den
Endbericht der dreijährigen Ar-
beit der Nationalparkplaner dis-
kutiert, ist die Zukunft der
Planungen ungewiß. Bundes-
kanzler Vranitzky (SP) erklärte
Umweltministerin Rauch-Kal-
lat (VP), 1994 falle keine defini-
tive Entscheidung über den
Nationalpark. In einem internen
Papier der SP Niederösterreich
heißt es: „Eine an die Nutzung

als Nationalpark angepaßte
Wasserkraftnutzung erscheint
daher keineswegs unmöglich,
macht aber engagiertes Agieren
statt Reagieren erforderlich.“
Trotzdem stimmt Nieder-
österreichs SP der politischen
Einigung der anderen Landes-
parteien und der Vertreter
Wiens und des Bundes zu, die
Marchfeldkanal-Betriebsgesell-
schaft, die bisher die National-
park-Machbarkeit geprüft hat,
weiter zu beauftragen. Beim
Geld scheiden sich indes die
Geister: Die Budget-Bandbreite
reicht von fünf bis 20 Millionen
Schilling. Bei dieser Summe
sind aber erste Umsetzungs-
maßnahmen (Wasserezuführung

in die Au) eingeschlossen. Ein
Sprecher der Bundesvertreter
im Nationalpark-Vorberei-
tungskomitee meinte, mit dem
Budget solle auch „der Auftrag
an das Institut für Finanzwirt-
schaften der TU Wien verlän-
gert werden, um Kosten und
Nutzen von Nationalpark und
Kraftwerk abzuwägen.“ Eine
derartige Studie liegt allerdings
schon vor.

„Außerdem sind Energiespar-
potentiale auszuloten und die
Bedeutung von Grund- und
Trinkwasser zu untersuchen“, so
der Sprecher weiter. Schließlich
wird auch daran gedacht, einen
Teil des Geldes „an ein Raum-
planungsinstitut zu vergeben.“

WETTER VON HEUTE

3x

WETTERWERTE

Die Presse

→ RC

Montag, 7. Februar 1994

DA 21

Donau-Nationalpark mit Kanal zur Oder?

Eine Vielzahl von Studien, unter anderem über den Donau-Oder-Kanal, möchten Bundesvertreter im Zuge der weiteren Nationalparkplanungen in den Donauauen in Auftrag geben. Umweltministerin Rauch-Kallat lehnt ab.

VON MICHAEL LOHMEYER

WIEN. In einer internen Sitzung deponierten Freitag nachmittag die sechs Bundesvertreter der Nationalpark-Vorbereitungskommission ihre Forderungen für die Weiterarbeit der Nationalparkplaner. Mehrere Studien sollen erstellt werden.

„Es muß geklärt werden, was noch zu prüfen ist“, erklärte Wolfgang Mattes, Abteilungsleiter im Umweltministerium und Sprecher der Bundesvertreter, die außerdem noch aus dem Bundeskanzleramt, dem Verkehrs-, Landwirtschafts-, Wirtschafts- und Finanzministerium in die Kommission entsandt worden sind. Es gehe nicht nur um die Sohlestabilisierung, die in einigen Wochen vom Wirtschaftsministerium getestet wird, und die Sicherung des Trinkwassers, sondern „auch um raumplanerische Fragen“. So verlangen die Bundesvertre-

ter, daß das Institut für Raumplanung das Gebiet zwischen Wien und Preßburg – über die Grenzen eines etwaigen Nationalparks hinaus – unter die Lupe nimmt. Zudem sollen auch der Donau-Oder-Kanal – er ginge durchs Planungsgebiet – und „regionalwirtschaftliche Auswirkungen“ mit Hinblick auf die steigende Arbeitslosigkeit untersucht werden. Mattes: „Wenn es um wichtige Fragen geht, ist Geld kein Problem.“

Umweltministerin ~~Marja~~ Rauch-Kallat meint dazu: „Letztlich sind die Vorgaben für die Weiterarbeit eine politische Entscheidung, die die Landesräte aus Wien und Niederösterreich und ich treffen werden.“ Die Bundesvertreter hätten ihre Vorschläge formuliert, nicht die der ganzen Planungskommission, in der auch die beiden Bundesländer vertreten sind. „Wenn kein Geld für die Nationalparkplanung bleibt, dann stimme ich dem nicht zu.“

Entschlossen widersprach die Ressortchefin schließlich einigen Bundesvertretern, die die Veröffentlichung des Endberichtes über die bisherigen, dreijährigen Nationalparkplanungen verzögern wollen. „Der Endbericht geht in Druck. Der Akt ist schon unterschrieben.“

sich bei seiner Einvernah- wissen, wie Koberl ums Le- aumarschieren.



Donau-Auen: Rauch-Kallat will „vertrauensbildende Maßnahmen“

Bild: Weissig

'94 keine Entscheidung über Donaukraftwerk

KURIER-Gespräch mit Rauch-Kallat / 3000 in der Au

1994 wird keine politische Entscheidung über den Bau eines Donaukraftwerkes östlich von Wien fallen. Wie Umweltministerin Maria Rauch-Kallat Mittwoch in einem KURIER-Gespräch bekannt gab, habe sie darüber mit Bundeskanzler Vranitzky eine Einigung erzielt. Mittwoch nachmittag versammelten sich 3000 Umweltschützer – darunter Rauch-Kallat – in der Hainburger Au. Neun Jahre nach der Aubesetzung demonstrierten sie für die Erhaltung der ungestauten Donau.

Einig sei man sich zwischen Bund und den Ländern Wien und Niederösterreich auch darüber, daß der Vertrag mit der Marchfeldkanal-Gesellschaft – sie führte in den vergangenen drei Jahren die Planungsarbeiten für einen Nationalpark Donau-Auen durch – um zwei Jahre verlängert werde, sagte

Rauch-Kallat. In dieser Zeit sollen in der regionalen Bevölkerung „vertrauensbildende Maßnahmen“ für einen Nationalpark gesetzt werden; „Wir wollen der Bevölkerung vor Ort die Ängste vor einem Nationalparkprojekt nehmen.“ Die Ergebnisse der bisherigen Planungen sollen auf ihre Umsetzbarkeit überprüft werden.

Rauch-Kallat kündigte an, die Ökologiekommision wieder einzuberufen. Dieses hochrangige Wissenschaftlergremium diente in der Hainburg-Diskussion als Beratungsorgan des Bundeskanzlers. Die Kommission solle die für 1994 geplanten Versuche zur Stabilisierung der Donausohle mit Schotter wissenschaftlich begleiten. Rauch-Kallat: „Eine Kraftwerksdiskussion würde zu einer Polarisierung in der Gesellschaft führen.“

Ernst Mauritz

Kurier 9.12.93

KURIER 24. 11. 93

Wien für Nationalpark

Naturschutzbeirat drängt auf rasche Verwirklichung

Unterstützung für das Projekt eines Nationalparks Donau-Auen: Der Wiener Naturschutzbeirat trat in seiner jüngsten Sitzung für die „ehelaldigste Errichtung des Nationalparks Donau-Auen“ ein. Außerdem stellte der Naturschutzbeirat fest, daß ein Nationalpark mit einem Kraftwerk unterhalb von Wien nicht vereinbar sei. Im Wiener Naturschutzbeirat sitzen Vertreter aller vier Wiener Landtagsparteien.

Wien tritt auch für eine Wiederbeauftragung der bestehenden Nationalparkplanung unter der Leitung des bisherigen Planungschefs Reinhold Christian für weitere zwei

Jahre ein, heißt es im Büro von Umweltstadtrat Michael Häupl. Die Öffentlichkeitsarbeit im betroffenen Gebiet müsse aber verbessert werden. Wie berichtet, haben sich mehrere niederösterreichische Gemeinden gegen den Nationalpark ausgesprochen.

Der Naturschutzbeirat tritt auch für umfangreiche Versuche zur Stabilisierung der Donausohle mit grobem Schotter ein. Dieses Verfahren sei „eine realistische und technisch machbare Methode, um die Eintiefung der Donau unterhalb von Wien zu stoppen“, hieß es bei der jüngsten Sitzung des Beirates. E. M.

BUTE IN WIEN

DA ZV

„Donau-Kraftwerk steht nicht zur Diskussion“

Landeshauptmann Pröll hält ein Kraftwerk an der Donau östlich von Wien derzeit für nicht vorstellbar.

VON MICHAEL LOHMEYER

WIEN. „Derzeit steht der Bau eines Kraftwerks an der Donau zwischen Wien und der Staatsgrenze nicht zur Diskussion“, erklärte Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll im Gespräch mit der „Presse“. „Heute ist eine Staustufe in diesem Bereich nicht vorstellbar.“ Der führende VP-Politiker meldete sich damit in der jüngst wieder aufgeflamnten Debatte zu Wort, in der einige Bundesvertreter wiederholt den Bau von Staustufen gefordert hatten – quasi als Gegengewicht zu den Planungen für einen Nationalpark, wofür ein Endbericht seit kurzem vorliegt.

Im Zusammenhang mit einem Kraftwerksbau sieht Pröll übrigens kaum beschäftigungspolitische Effekte: „Das beträfe nur eine sehr kleine, speziali-

sierte Gruppe von Arbeitnehmern.“ Die Forderungen nach dem Bau von Staustufen basieren auf Kraftwerksplanungen der achtziger Jahre und auf einer Vorstudie zu einem Kanal durch das Marchfeld mit einem oder zwei Kraftwerken. Im Zuge dieses Projekts wird auch ein Donau-Oder-Kanal vorgeschlagen. Zu diesem Kanalprojekt meinte Pröll: „Davon halte ich nichts.“

Zu den Planungen für den Nationalpark Donauauen, die seit drei Jahren laufen und vor kurzem um weitere zwei Jahre verlängert worden sind, meinte Pröll, man dürfe „nichts überstürzen“ und keine vorschnellen Entscheidungen treffen. Die kommenden zwei Jahre müssten vor allem dazu genutzt werden, mit Informationsarbeit die betroffene Bevölkerung in den 13 Gemeinden zu erreichen. Zudem gebe es noch Zeit, um zu planen und offene Fragen abzuklären.

Pröll forderte schließlich, daß „der Bund endlich sagen muß, was er will.“ Die Karten seien nun auf den Tisch zu legen.